



Die Stärkung der europäischen Mitte! Wider Populismus und Technokratie

EU-in-BRIEF | Ausgabe 01-2020

Von Bernd Hüttemann

Populismus ist *das* gesellschaftliche und politische Thema der vergangenen Jahre, europaweit. Fakten, Aufklärung und verstärkter Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern werden diesem beileibe nicht neuen Phänomen entgegengestellt. Durchaus notwendige Mittel für ein inhaltlich und technisch besseres Regieren. Doch ist „Good Governance“ nicht das Allheilmittel, um autoritäre politische Kräfte zu bannen. Vielmehr ist ein starkes Mittelfeld vielfältiger im Wettstreit stehender gesellschaftlicher Kräfte die wichtigste Stütze einer lebendigen wie gesunden Demokratie in Europa.

Gedanken im Nachgang eines Vortrages der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in der Katholischen Akademie Berlin e.V. ¹

Europäische Bewegung Deutschland (EBD) und Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) verbindet die Stärkung der europäischen Demokratie: Beide vertreten entsprechende normative Vorstellungen in der Bildungsarbeit und gegenüber der Politik. Die KAS kann als „Schule der europapolitischen Bildung“ verstanden werden. Im Rahmen zahlreicher Veranstaltungen erinnert sie immer wieder an die Bedeutung der gemeinsamen europäischen Vergangenheit sowie die sich daraus ergebenden Aufgaben für die europäische Gemeinschaft. Die EBD ihrerseits vertritt als größtes Netzwerk für Europapolitik in Deutschland die Forderungen ihrer rund 250 Mitgliedsorganisationen an politische Akteurinnen und Akteure.

Aber auch der Tagungsort Katholische Akademie Berlin zeigt Parallelen zur Arbeit der EBD auf.

KAS, Akademie und EBD treten aus unterschiedlichen, aber oft deckungsgleichen Motiven für den grenzüberschreitenden Dialog in der Gesellschaft ein: Bildung für Fortschritt in der Gesellschaft.

In der Arbeit der EBD und ihrer Mitglieder aus Wirtschaft und Gesellschaft geht es selbstverständlich auch um Interessenpolitik, ob für Gemeinwohl oder Schutz des Einzelinteresses, aber immer für einen europäischen Demos, eine starke wie bürgernahe europäische Demokratie.

¹ Eichholzer Kreis Nachfolgetreffen am 6. April 2019 in Berlin

Ein neues Narrativ für Europa

„Brüsseler Lobbyisten und Eurokraten muss gleichzeitig Einhalt geboten werden. Wir brauchen daher ein neues Narrativ für Europa! Über Bürgerdialoge und mit Hilfe der ‚Zivilgesellschaft‘ schaffen wir ein ‚Europa der Bürger‘. Nur dann hat Populismus keine Chance.“ Dieser Satz ist konstruiert: Er nennt Schlagwörter, die es braucht, um vermeintlich für ein besseres Europa zu werben. Solche und ähnliche Europaphrasen kursieren seit Jahren und bleiben auch im Europawahlkampf nicht aus. Große Worte sind wohltuend, schließlich kam in den letzten Jahren einiges zusammen: die Finanzkrise, Brexit, Trump, Fluchtbewegungen, der anhaltende Krieg in der Ukraine. Diese vielfältigen Krisen der vergangenen Jahre haben Europa stark verunsichert.

Gleichzeitig traten sie zu einer Zeit auf, in der notwendige kritische Diskussionen durch eine Unkultur des Vereinfachens und des medialen Framings mit nichtssagenden Ausdrücken oder gar Lügen erstickt wurden. Die europäische Demokratie ist nicht erst durch die Krisen der letzten Jahre geschwächt worden, sondern erodiert, Schritt für Schritt, durch die Krisen auf einzelnen europäischen Ebenen. Das augenscheinlichste Beispiel ist der Brexit, der ohne die schon weit vorher ausgeübte Herrschaft einer rücksichtslosen Mediokratie und der Schwächung des Parlamentarismus sowie der neokorporativen Demokratie in England kaum denkbar wäre. Es ist hier nicht die europäische, sondern die nationale, englische Demokratie, die versagt.

Von „Volkswille“, Populismus und Vielfalt

Die Erosion vieler Parteien und ihrer Systeme findet nicht erst seit Neuestem statt: Syriza in Griechenland, Podemos in Spanien, UKIP in England, Le Pen in Frankreich - uns allen sind kleinere oder größere populistische Bewegungen und Phänomene bereits seit Jahren bekannt. Ein Blick zurück in die Nachkriegszeit offenbart jedoch eine sich verschärfende Zersplitterung der Parteienlandschaft und Neujustierung der politischen Akteure. Studien zeigen, dass sich die Grundeinstellung der Menschen in freien Wahlen nicht signifikant verändert hat. Sie hat sich allerdings auf neue und viele verschiedene Parteien verteilt. Das verunsichert nicht nur die Wählerinnen und Wähler, sondern auch die Regierenden.

Die parlamentarische, repräsentative Demokratie steht schon seit langem in Misskredit. Die Entmachtung repräsentativ-demokratischer Institutionen ist natürlich eine längerfristig angelegte Strategie populistischer Bewegungen sowie ihrer An- und Verführenden, von welcher Richtung auch immer sie kommen mögen. Für sie zählt der vermeintliche Wille einer von ihnen selbst definierten Mehrheit, die jede Minderheit außer Acht lässt.

Bedauerlicherweise ist die parlamentarische Demokratie auch von einer gut ausgebildeten Klasse der Besserwissenden unter Beschuss, auch hier wieder losgelöst von den großen ideologischen Lagern. Seit den 80er Jahren gibt es einen fatalen Trend zur Vereinfachung und Effizienz, dem sich Populisten sowie gut ausgebildete Eliten bzw. Technokraten verschrieben haben. Gemeinsam ist ihnen eine institutionenübergreifende Verachtung für langwierige Konsens-Demokratie.

Zwischen der Verächtlichmachung des Parlaments als „Schwatzbude“ und einer ständigen Klage über eine ineffiziente „Vereinsmeierei“ oder „Gremienhuberei“ besteht ein Zusammenhang. Wer kennt nicht das eigene Stöhnen ob langwieriger Prozesse. Engagement, Interessenausgleich, Konsens, Parteienstreit und auch Lobbyismus sind aber essentiell für eine gelebte pluralistische Demokratie.

Allerdings wird dieser Pluralismus seit Jahrzehnten nicht nur in etablierten Demokratien angegriffen. Besonders die vermeintlich komplizierte EU mit ihrer noch jungen Demokratie bietet große Angriffsfläche. Technokraten reden gerne von Alternativlosigkeit, Populisten vom „Volkswillen“. Der Populismusforscher Jan-Werner Müller hat überzeugend darauf hingewiesen, dass es einen gemeinsamen Feind von Technokratie und Populismus gibt: eben diesen für unsere Demokratie so wichtigen gesellschaftlichen Pluralismus.

Gesellschaftlicher Pluralismus ermöglicht die Vielfalt des demokratischen Wettbewerbs. Wer sich die Landschaft der europäischen Demokratien anschaut, findet neben pluralistischen Systemen auch korporatistische und etatistische Systeme sowie viele Mischformen. Ein klassisches Beispiel für Etatismus ist Frankreich, für Korporatismus (wenn auch zunehmend mit Abstrichen) Österreich und für Pluralismus die meisten nordischen Länder. Deutschland ist mit Sozialpartnerschaften, dem Sparkassensystem, dem Staatskirchenrecht oder den Wohlfahrtsverbänden ein korporatistisch / pluralistisches Modell. Schwieriger wird es bei der Mehrebenen-Demokratie Europäische Union.

Nationale Demokratietraditionen tun sich schwer, die europäische Politik in ihre eigene demokratische Erfahrungswelt einzuordnen, was wiederum einem falschen Framing Vorschub leistet.

Die „Zivilgesellschaft“ als Kampfarena gegen Lobbyismus

Die Europäischen Union wandelt sich permanent und ist mit dem einzelnen nationalstaatlichen politischen System schwer vergleichbar. Effizienz, Einflussnahme, Bürgernähe und Demokratie erscheinen aber immer wieder auf der Wunschliste für die EU. Zwei auf den ersten Blick gegensätzliche Begriffe treten in diesem Zusammenhang besonders häufig auf: Zivilgesellschaft und Lobbyismus.

Nur über eine Einbindung breiter Schichten und der Zivilgesellschaft, glauben die einen, lasse sich europäische Demokratie verwirklichen. Dem steht entgegen, dass Brüssel fest in der Hand von Lobbyistinnen und Lobbyisten zu liegen scheint, was wiederum als die größte Gefahr für ebenjene Demokratie angesehen wird. Je mehr Legitimität für die EU ersehnt oder in Frage gestellt wird, desto mehr scheinen Begriffe wie Zivilgesellschaft und Lobbyismus in den Diskurs zu geraten. Bemüht man sich hingegen um eine klare Definition, erschlägt die Fülle der Interpretationen. Ein Blick in das Grundgesetz hilft nicht: Weder Lobbyismus noch Zivilgesellschaft gehören zum bundesrepublikanischen Grundvokabular.

Vom Mittelfeld der Gesellschaft

Zivilgesellschaft und Lobbyismus sind Begriffe, die weniger im öffentlichen Diskurs und mehr in der Wissenschaft, dem „intermediären Bereich“ zwischen Gesellschaft und Staat zu finden sind. Die EBD nutzt zunehmend die Metapher des „Mittelfelds zwischen Politik und Wählerinnen und Wählern“, wobei wir bewusst offen lassen, wo der metaphorische

Sturm und wo die Abwehr ist. Die Interaktion zwischen Politik und Wählerinnen und Wählern verläuft nicht einheitlich und umfasst neben Parteien auch Verbände, Vereine, Bürgerinitiativen, Unternehmen und Kirchen. Sie agieren im gegenseitigen Wettbewerb. Sie streben nach Mehrheiten und Einfluss. Der intermediäre Bereich, das Mittelfeld, wird mithin zu einem wichtigen Gradmesser für Demokratie. Parteien, aber auch öffentliche und territoriale Körperschaften, bilden eine Sonderform der Mittelfeldakteure. Denn ihre, von den meisten demokratischen Verfassungen zugesprochene Rolle, ist für den Staat konstituierend.

Auch hier bildet die EU eine besondere Herausforderung. Ihr politisches System eröffnet eine zusätzliche Dimension der Interaktion zwischen den Ebenen. Das von Giovanni Sartori beschriebene Paradoxon, wonach Demokratie zwar auf Kompliziertheit angelegt ist, aber gleichzeitig für die Bürgerin und den Bürger noch übersetzbar bleiben muss, betrifft vor allem den intermediären Bereich und offensichtlich auch die Europäische Union. Also wie kann nun die Europäische Union für die Bürgerinnen und Bürger übersetzt werden?

Die Idee, mit europäischen Bürgerdialogen die Kluft zwischen den Bürgerinnen und Bürgern sowie den regierenden Politikerinnen und Politikern zu überbrücken, wurde zuletzt von einem etatistischen Umfeld wieder eingebracht: Emmanuel Macron regte mit seiner Sorbonne-Rede 2017 an, überall in Europa die Zukunft der Europäischen Union in europäischen Bürgerdialogen zu diskutieren. Bereits 2005 wurde diese Idee von der Europäischen Kommission in Form eines „Plan D“ vorgelegt.

Bürgerdialoge: ein technokratisch-populistisches Versprechen?

Neu war, dass ein französischer Staatspräsident diese Forderung mit großem rhetorischem Geschick in die Arena warf. Vielleicht auch deshalb griff die Bundesregierung das Projekt schließlich auf, um wenigstens bei einem Bürgerthema Macron zu antworten.

Die Europäische Bewegung hat diese Europadialoge von Anfang an durchaus kritisch beobachtet. Unter dem Motto „Wenn Bürgerdialoge, dann richtig!“ forderte ein breites Bündnis aus Vorstand und Spitzenverbänden, dass der Austausch zur Zukunft Europas zwischen Gesellschaft und Politik intensiviert werden muss. Die EBD begrüßte, dass sich Deutschland aktiv in die Debatte über die Zukunft der EU sowie die Stärkung der Europäischen Integration eingebracht hat und dass Bürgerinnen und Bürger sich in bundesweiten, öffentlichen Dialogen an der Reformdebatte in Europa beteiligten. Die Bürgerdialoge der Bundesregierung sollten aber weitestgehend in repräsentativen Formaten durchgeführt werden. Unbestritten sind Formate mit interessiertem Publikum, wie sie durch EBD-Mitgliedsorganisationen ohnehin seit Jahren erfolgreich stattfinden.

Bei den europäischen Bürgerdialogen der Bundesregierung wurden die an anderer Stelle im Koalitionsvertrag beschriebenen Vorschläge zur verbesserten Bürgerbeteiligung aber nicht berücksichtigt. Auch war von Anfang an klar, dass es nur bei

einem Dialog mit der Politik bliebe und dass es zu einer ernsthaften Berücksichtigung der ohnehin nur schwer einzuordnenden Ergebnisse nicht kommen würde. Zwar hat die Bundesregierung beim Europäischen Rat im Dezember 2018 durchaus eine Fortführung von Bürgerdialogen angeregt, es gibt aber kaum erkennbaren Willen, den vom ehemaligen Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker angeregten „Weg nach Hermannstadt“ – den Fahrplan für eine enger vereinte, stärkere und demokratischere Union unter Berücksichtigung von Bürgerdialogen – strukturiert fortzusetzen.

Auch im aktuellen Programm der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen findet sich ein Vorhaben großangelegter Bürgerbeteiligung zur Zukunft Europas. Von der Leyen will, dass „die Bürgerinnen und Bürger bei einer Konferenz zur Zukunft Europas zu Wort kommen, die 2020 beginnen und zwei Jahre laufen soll.“ Noch ist unklar, wie mit der Konferenz nach den Bürgerdialogen 2018, dem „Weg nach Hermannstadt“ und den letzten Europawahlen mit einer Rekordwahlbeteiligung ein weiteres neues Dialogformat entstehen soll.

Derweil wird EU-Gesetzgebung fortgesetzt, hoffentlich unter angemessener Berücksichtigung vieler gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Interessen.

Für die EBD, die mit rund 250 Mitgliedsorganisationen aus einer klaren Verbändetradition kommt und damit den gesellschaftlichen Pluralismus in ihre DNA gebaut hat, steht der bürgerschaftliche Dialog nicht im Widerspruch zum erklärten Willen zur Einflussnahme auf politische Entscheidungen. Nach EBD-Meinung ist konstruktive Kritik an europäischer Politik kein Widerspruch zum Interesse am funktionierenden Gemeinwohl. Vielmehr versteht die EBD diesen Dialog zwischen ganz unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren

sowie Interessen auch als Ort der Begegnung. Im Vordergrund steht daher weniger ein Europa, das der Bürgerin und dem Bürger erklärt werden soll, sondern der demokratische Wettbewerb gesellschaftlicher Kräfte und die Stärkung der „Lille Demokrati“, wie in Dänemark die kleine Demokratie im Gegensatz zur großen staatlichen parlamentarischen Demokratie genannt wird.

Politik braucht Rückkopplung an das demokratische Mittelfeld

Die Kritik der EBD an institutionell organisierten Bürgerdialogen trifft im Kern die Kritik an der mangelhaften Berücksichtigung des gesellschaftlichen Mittelfeldes und des demokratischen Wettstreits für eine bessere Europapolitik. Bürgerdialoge werden dann zu einem populistischen Instrument, wenn eine technokratische Politik von oben herab die Diskussion verordnet, ohne dass diese in Form und Ergebnis die bestehende pluralistische sowie repräsentative Demokratie wirklich unterstützt oder stärkt.

Die Gefahr falsch gemachter Bürgerdialoge liegt darin, dass einerseits Bürgernähe populistisch vorgegaukelt werden kann und andererseits technokratische Politik ohne wahre Rückkopplung an die pluralistische Gesellschaft im Mittelfeld erfolgt. Die europäische Dimension dieser „Dialogfalle“ liegt darin, dass die europäische Demokratie noch nicht ausreichend gefestigt ist und sich die Politik zu leicht mit bloßen Dialogformaten einen schlanken Fuß machen kann, während der Interessenausgleich in anderen Arenen stattfindet. Eine Demokratie lebt auf allen Ebenen von Aufklärung und Wahrhaftigkeit. Ob auf europäischer Ebene wirklich alle Akteurinnen und Akteure zu dieser gelebten und aufrichtigen Demokratie bereit sind, muss kritisch hinterfragt werden,

auch und gerade für die aktuelle
Legislativperiode 2019-2024.

Wir müssen das Mittelfeld zwischen Staat
sowie Wählerinnen und Wählern stärken und
dem demokratischen Wettbewerb der
Interessen mehr Raum und Respekt bieten –
und zwar europaweit, auf allen politischen
Entscheidungsebenen. Die nachfolgenden
Thesen sollen dazu einladen, sich mit dem
Thema Technokratie als Gefahr für die
gesellschaftliche Mitte auseinanderzusetzen.

Thesen zum Thema Technokratie als Gefahr für die gesellschaftliche Mitte

- *Die größten Feinde des demokratischen Pluralismus sind Populismus und Technokratie.*
- *Vorsicht beim Begriff „Zivilgesellschaft“, zumal wenn er von Populisten und Technokraten gebraucht wird.*
- *Gezügelter Lobbyismus ist ein Indikator für einen starken demokratischen Pluralismus.*
- *Parlamentarismus und pluralistischer Wettbewerb schützen vor technokratischer Herrschaft.*
- *Bürgerdialoge können, wie die direkte Demokratie eine sinnvolle Ergänzung für repräsentative Demokratie sein. Beides kann aber auch von Populisten und Technokraten instrumentalisiert werden.*

Über den Autor

Bernd Hüttemann (* 8. Dezember 1970 in Paderborn) ist seit 2003 Generalsekretär der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. (EBD) und seit 2013 Vizepräsident der Europäischen Bewegung International (EMI). Zum Thema Lobbyismus und Public Diplomacy in der EU lehrt er am Jean-Monnet-Lehrstuhl der Universität Passau und an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

Kontakt: info@netzwerk-ebd.de

Beim Zitieren dieses Artikels verweisen Sie bitte auf: <https://www.netzwerk-ebd.de/wp-content/uploads/2020/03/Die-St%C3%A4rkung-der-europ%C3%A4ischen-Mitte-EU-in-BRIEF-01-2020-von-Bernd-H%C3%BCttemann.pdf>.

Impressum

EU-in-BRIEF | Analysen – Positionen – Vorausschau ist ein kostenloses Informationsangebot im PDF-Format des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland.

ISSN-Nummer: 2191-8252

Zitier-Hinweise: Bisher wurden keine verbindlichen Regeln zur Zitierweise digitaler Publikationen geschaffen. Daher bitten wir, folgende Angaben zu übernehmen, wenn Sie einen unserer Texte zitieren möchten: Autoren des Textes, Titel des Textes, Internetadresse wie angegeben. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

© **Europäische Bewegung Deutschland e.V.**

Sophienstr. 28/29 | D-10178 Berlin

T +49 30 3036201-10 | F -19

info@netzwerk-ebd.de

Herausgeber: Bernd Hüttemann (V.i.S.d.P.)

Mehr Wissen!

Auf der Website der EBD erfahren Sie alles Wesentliche über unsere Organisation und können kostenfrei auf eine Vielzahl von Informationen zu Europa zugreifen: <http://www.netzwerk-ebd.de>.

Die Europäische Bewegung Deutschland e.V., gegründet 1949, ist das größte zivilgesellschaftliche Netzwerk in Deutschland und institutioneller Partner des Auswärtigen Amtes.